

Sozial gebundene Mietwohnungen statt Wohneigentum!

Osnabrück, 21.09.2018

Zum Sachstandsbericht Handlungsprogramm Bezahlbarer Wohnraum und dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. Stadt Osnabrück äußert sich die Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz:

““Wer sich die Miete nicht leisten kann, der soll sich doch ein Haus kaufen!“ Auf diesen Spruch–angelehnt an die berühmt-berüchtigte Anekdote über Marie-Antoinette– kommt man nach der Lektüre des Sachstandsberichts der Verwaltung zum Handlungsprogramm Bezahlbarer Wohnraum.

Es zeigt sich darin deutlich, dass die im Handlungsprogramm formulierte alternative Möglichkeit zur Schaffung von Wohneigentum statt sozial quotierten Mietwohnungen ein großes Problem darstellt. Es ist nämlich keineswegs so, dass Menschen die auf der Suche nach bezahlbaren Wohnungen sind, sich im Zweifel dann auch einfach eine Wohnung kaufen können. Nein, sie müssen weiter eine bezahlbare Mietwohnung suchen und genau hier herrscht auch der Mangel auf dem Wohnungsmarkt!

Wenn die Verwaltung im Sachstandsbericht erklärt, dass „durch die alternativ ermöglichte Vermarktung von Eigentumswohnungen die Bereitschaft der Vorhabenträger zur Schaffung von Mietwohnraum deutlich nachgelassen“ (Sachstandsbericht, S. 4) hat, dann müssen wir als Politik reagieren und den entsprechenden Teil des Handlungsprogramms unter Punkt 6 streichen!

Es wird mal wieder deutlich, dass es nicht im Interesse von privaten Investoren ist, bezahlbare Mietwohnungen zu schaffen. Viel mehr werden diese auch weiterhin alle Möglichkeiten nutzen sich vor entsprechenden Vorgaben zu drücken–und das obwohl die Quotierungen des Handlungsprogramms mit 10-30 % bereits lächerlich niedrig sind und den Bedarf nie erfüllen würden.

Wir müssen als Stadt selbst aktiv werden. Und solange es noch keine kommunale Wohnungsbaugenossenschaft gibt, müssen wir wenigstens die deutlichsten Fehler in unseren Vorgaben an private Bauträger*innen beheben. Daher fordern wir unsere Ratskolleg*innen auf unserem Antrag zuzustimmen, um das Handlungsprogramm zu optimieren. Und an die Osnabrücker Bürger*innen appellieren wir, das Bürgerbegehren für eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft zu unterstützen und somit ein deutliches Zeichen für eine andere Wohnungspolitik zu setzen. Denn wir brauchen in dieser Stadt mehr bezahlbare Mietwohnungen und keine weiteren Eigentumswohnungen!“